

Zentrum für Europäische Integrationsforschung
Center for European Integration Studies
Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn

Wilfried Loth

Europäische Identität in historischer Perspektive

Discussion Paper

**C113
2002**

ISSN 1435-3288

ISBN 3-936183-13-9

Zentrum für Europäische Integrationsforschung
Center for European Integration Studies
Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn

Walter-Flex-Straße 3
D-53113 Bonn
Germany

Tel.: +49-228-73-1880
Fax: +49-228-73-1788
<http://www.zei.de>

Prof. Dr. Wilfried Loth, geb. 1948, 1984-85 Professor für Politikwissenschaft an der Freien Universität Berlin, 1985-1986 Professor für Politikwissenschaft an der Universität Münster, seit 1986 Professor für Neuere Geschichte an der Universität Essen, 1993-1997 Präsident des Kulturwissenschaftlichen Instituts im Wissenschaftszentrum Nordrhein-Westfalen, seit 2000 Vorsitzender der Verbindungsgruppe der Historiker bei der Kommission der Europäischen Gemeinschaften.

Zahlreiche Veröffentlichungen zur Geschichte des 19. u. 20. Jahrhunderts, u.a.: Die Teilung der Welt. Geschichte des Kalten Krieges 1941-1955, München 1980, 10. erweiterte Auflage 2000; Der Weg nach Europa. Geschichte der europäischen Integration 1939-1957, Göttingen 1990, 3. Auflage 1996.

Wilfried Loth

Europäische Identität in historischer Perspektive

Je stärker die Europäische Union die Alltagswirklichkeit der Menschen in den Mitgliedsländern prägt, desto häufiger stellt sich die Frage nach der europäischen Identität: Gibt es eine gemeinsame Identität der Europäer? Bedroht sie die gewachsenen nationalen Identitäten? Kann oder soll sie sie ersetzen? Oder jagt, wer von europäischer Identität spricht, nur einer ideologischen Chimäre nach? Macht es überhaupt Sinn, von europäischer Identität zu sprechen? Ist es vielleicht sogar gefährlich, weil zu unrealen Vorstellungen und aggressiven Feindbildern verleitend? Letzteres hat jüngst Lutz Niethammer vermutet, als er ein breites Panorama unterschiedlicher Beschreibungen europäischer Identität Revue passieren ließ.¹

Nun sind kollektive Identitäten schwer zu fassen. Teils weiß man selbst nicht, warum man sich als Teil eines bestimmten Kollektivs fühlt, und generell fällt es schwer, dies in adäquate Worte zu fassen. Entsprechend schwer hat es der Beobachter, wenn er nach verlässlichen Quellen für angemessene Identitätsbeschreibungen sucht. Beschreibungen, die in der Tat Konjunktur haben, treffen nie das Ganze. Ihre Autoren neigen zu Stilisierungen und, in der Abgrenzung von anderen Identitäten, zur Überbetonung der Gegensätze auf Kosten der Gemeinsamkeiten. Häufig stellen Identitätsbeschreibungen gleichzeitig politische Programme dar: nicht nur formuliert, um festzuhalten, was ist, sondern um zum Ausdruck zu bringen, was sein soll; formuliert von Intellektuellen in ihrer

1 Lutz Niethammer, *Kollektive Identität. Heimliche Quellen einer unheimlichen Konjunktur*, Reinbek bei Hamburg 2000.

Lieblingsrolle als Mythenerfinder. Die Abneigung gegen solche Identitätsbeschreibungen ist verständlich.

Allerdings erledigt sich mit der Abneigung gegen ideologische Auseinandersetzungen nicht die Frage der tatsächlichen Rolle kollektiver (und in diesem Fall insbesondere europäischer) Identität in der gegenwärtigen Europäischen Union. Sie ist präsent und signalisiert damit das Vorhandensein eines Problems, und es ist offenkundig, daß die gegenwärtigen Debatten um eine Verfassung für Europa nicht ohne eine realitätsadäquate Einschätzung dieses Problems auskommen. Darum soll hier zunächst dargelegt werden, in welcher Weise es sinnvoll ist, über europäische Identität zu reden. Sodann soll gezeigt werden, wie sich das Problem europäischer Identität in historischer Perspektive entwickelt hat. Drittens wird zu skizzieren sein, wie es im gegenwärtigen Europa um die europäische Dimension kollektiver Identität bestellt ist. Daraus lassen sich zum Schluß einige Folgerungen für die politische Praxis ableiten.

1. Zum Begriff der Identität

Ich gehe im Folgenden von einem Begriff von Identität aus, der sich in der Psychologie als nützlich erwiesen hat. Identität ist danach nichts Abgeschlossenes: Niemand ist mit zwanzig Jahren der gleiche wie mit zehn, niemand mit fünfzig der gleiche wie mit zwanzig. Jeder nimmt je nach Kontext unterschiedliche Rollen wahr: Als Kunde fühlt er sich anders als als Mitglied einer Produktionsgruppe, als Familienvater anders als als Spieler in einem Handballteam. Allgemein gesprochen ist Identität das Resultat vergangener Identifizierungsprozesse; dabei haben diese je nach Lebensalter und Situation unterschiedlich starke Prägekraft entwickelt. Identität ist die Verstetigung dieser zu Ich-Leistungen avancierten Identifizierungen unter dem Interesse ihrer Vereinheitlichung. Ihr Versprechen ist das Gefühl der Kontinuität und Realitätssicherung. Sie stellt keinen abgeschlossenen Zustand dar, sondern akzentuiert sich in einem fortlaufenden Konflikt- und Differenzierungsprozeß zwischen sozialer Erwartung und personaler Einzigartigkeit immer wieder neu.

Mutatis mutandis lassen sich diese Einsichten der Individualpsychologie² auch auf Kollektive übertragen. Die Identitäten von Gemeinwesen sind nicht statisch, sondern in einem permanenten Wandlungsprozeß begriffen. Sie basieren auf kollektiven Erfahrungen und ihrer Deutung in einem dialektischen Prozeß: Individuell erlebte Wirklichkeiten werden im Licht kollektiver Wirklichkeitsmodelle und Wissensbestände gedeutet und tragen damit zur Verstärkung und Verstetigung dieser kollektiven Deutungen bei; gleichzeitig identifizieren sich die Individuen mit dem Kollektiv und bilden sie Loyalitäten zu ihm aus.

Das Wir-Gefühl einer Gruppe, das auf diese Weise entsteht,³ enthält stets ein Moment der Abgrenzung von anderen Gruppen. Es fördert die innere Homogenisierung der Gruppe, mithin die Einebnung vorheriger Unterschiede in der Wahrnehmung wie in der Realität. Gleichzeitig drückt sich im Wir-Gefühl eine spezifische Selbstwertschätzung der Gruppe aus. Diese enthält notwendigerweise positive Elemente; häufig, aber *nicht* notwendigerweise⁴ ist sie mit negativen Urteilen über andere Gruppen verbunden. Je nach Art der Erfahrungen und Deutungen, die prägend werden, hält das kollektive Selbstbild tatsächliche Erinnerungen und tradierte Geschichtsbilder fest, verallgemeinert es evidente Alltagswahrnehmungen und birgt es mehr oder weniger deutliche Vorstellungen von einer gemeinsamen Zukunft. Seine Entstehung ist an reale und gedeutete Erfahrungsräume gebunden und wird durch dramatische Abweichungen von bisheriger Normalität begünstigt.

2 Einflußreich waren hier vor allem die Arbeiten von Erik H. Erikson. Vgl. als knappe Einführung Gaetano Benedetti, Identität in der Lehre von Erikson, in: ders. u. Louis Wiesmann (Hrsg.), Ein Inuk sein. Interdisziplinäre Vorlesungen zum Problem der Identität, Göttingen 1986, S. 65-78; als aktuelle Fallstudie etwa Christian Schneider, Identität und Identitätswandel der Deutschen nach 1945, in: Wilfried Loth/Bernd-A. Rusinek (Hrsg.), Verwandlungspolitik. NS-Eliten in der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft, Frankfurt/M. 1998, S.247-258.

3 Vgl. Georg Elwert, Nationalismus und Identität. Über die Bildung von Wir-Gruppen, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 41 (1989), S. 440-464; ders., Boundaries, Cohesion and Switching on We-groups in Ethnic, National and Religious Form, in: APAD Bulletin 10 (1995), S. 19-33.

4 Dies ist ein Moment, das die Kritik an der Verwendung des Begriffs „kollektive Identität“ in der Regel übersieht; so auch Niethammer, Kollektive Identität, hier S. 625 ff.

Kollektive Identitäten sind damit notwendigerweise in einem ständigen Wandel begriffen. Die Wirklichkeitsmodelle, die zu ihrer Konstituierung beitragen, erleichtern die Einordnung und Deutung der Erfahrungen; sie ordnen sie, reduzieren ihre Komplexität und ermöglichen damit die Orientierung. Zugleich werden sie aber auch permanent durch neue Erfahrungen verändert. Meist verlaufen die Wandlungsprozesse inkremental, so daß man von Modifizierungen, Erosionen und Verdichtungen sprechen kann; gelegentlich sind aber auch dramatische Umbrüche zu verzeichnen, die zur Erschütterung von Identitäten und zur Ablösung von Weltbildern führen.⁵

Weiterhin gilt, daß Menschen immer mehreren Gruppen zugleich angehören und damit zur gleichen Zeit über unterschiedliche kollektive Identitäten verfügen oder anders gesagt: über multiple Identitäten. Sie verstehen sich etwa als Mitglied einer Familie, eines Clans, einer Alterskohorte und gleichzeitig als Bürger einer Stadt, Vertreter eines Berufsstandes und Angehörige einer Nation. In der Regel bereitet es keine Schwierigkeiten, unterschiedliche Identitäten miteinander zu verbinden. Wenn die Gruppen tendenziell unvereinbare Ansprüche stellen, kann es allerdings auch zu Loyalitätskonflikten zwischen konkurrierenden Identitäten kommen. Gehören die Gruppen zudem der gleichen funktionalen Kategorie an, spricht man von exklusiven Identitäten. Entwickelt ein Individuum Loyalität zu unterschiedlichen Gruppen der gleichen funktionalen Kategorie, führt dies zu einer gespaltenen Identität.

Welche der multiplen Identitäten man vorrangig empfindet, hängt stets vom Kontext ab, in dem man sich bewegt. „So fühlt sich ein Mensch, der

5 Vgl. zu diesem wissenssoziologischen Interpretationsansatz generell Peter L. Berger/Thomas Luckmann, *Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit. Eine Theorie der Wissenssoziologie*, Frankfurt/M. 1980; Thomas Luckmann, *Grundformen der gesellschaftlichen Vermittlung des Wissens. Kommunikative Gattungen*, in: Friedhelm Neidhardt/M. Rainer Lepsius (Hrsg.), *Kultur und Gesellschaft*, Opladen 1986, S. 191-213; zur Bedeutung von Traditionen und Geschichtserzählungen bei der Herausbildung kollektiver Identitäten besonders Klaus Eder, *Integration durch Kultur? Das Paradox der Suche nach einer europäischen Identität*, in: Reinhold Viehoff/Rien T. Segers (Hrsg.), *Kultur, Identität, Europa. Über die Schwierigkeiten und Möglichkeiten einer Konstruktion*, Frankfurt/Main 1999, S. 147-181.

im Kölner Stadtteil Porz lebt, innerhalb von Köln womöglich primär als *Porzer*, im benachbarten Düsseldorf hingegen ‚ist‘ er *Kölner*, in Berlin *Rheinländer* und in Peking *Europäer*.⁶ Von seinen Mitmenschen wird er auch jeweils als Angehöriger der entsprechenden Gruppe identifiziert, und das verstärkt die Selbstwahrnehmung in der einen oder anderen Dimension.

Regionen, Nationen und die europäische Ebene stellen Erfahrungsräume unterschiedlicher Reichweite dar. Insofern lassen sich regionale, nationale und europäische Identität grundsätzlich ohne Schwierigkeiten miteinander verbinden. Allerdings sind ihre respektiven Funktionen nicht immer klar voneinander abgegrenzt und zudem einem starken historischen Wandel unterworfen. Dieser muß beschrieben werden, wenn man den gegenwärtigen Status europäischer Identität angemessen erfassen will.⁷

2. Von nationaler zu europäischer Identität

Dazu muß zunächst gegen die ahistorische Verabsolutierung der Nation als kollektivem Identifikationsmuster, die mit der Konstituierung der Nationalstaaten verbunden war und bis in die wissenschaftlichen Diskurse hinein immer noch vielfach anzutreffen ist, der prozessuale Charakter auch

6 Achim Trunk, Eine europäische Identität zu Beginn der 1950er Jahre? Die Debatten in den europäischen Versammlungen 1949 bis 1954, in: Wilfried Loth (Hrsg.), Das europäische Projekt zu Beginn des 21. Jahrhunderts, Opladen 2001, S. 49-80, hier S. 51.

7 Vgl. an jüngeren Bemühungen Heinz-Ulrich Kohr u.a. (Hrsg.), Nationale Identität und europäisches Bewußtsein. Theoretische Entwürfe und empirische Befunde, München 1993; Robert Picht (Hrsg.), L'Identité Européenne. Analyses et propositions pour le renforcement d'une Europe pluraliste, Bruxelles 1994; Roland Axtmann, Kulturelle Globalisierung, kollektive Identität und demokratischer Nationalstaat, in: Leviathan 23 (1995), S. 90ff.; Reinhold Viehoff/Rien T. Segers (Hrsg.), Kultur, Identität, Europa. Über die Schwierigkeiten und Möglichkeiten einer Konstruktion, Frankfurt/Main 1999; Hartmut Kaelble/Martin Kirsch/Alexander Schmidt-Gernig (Hrsg.), Transnationale Öffentlichkeit und Identitäten im 20. Jahrhundert, Berlin 2002.

der nationalen Identitätsbildung betont werden.⁸ Nationen entstehen, verändern ihren Charakter, gewinnen oder verlieren an Prägekraft. Von einer österreichischen Nation hat nach 1918 so gut wie niemand gesprochen, nach 1945 dagegen sehr viele, und spätestens mit der Behauptung der staatlichen Einheit im Ost-West-Konflikt war aus den Österreichern auch tatsächlich eine Nation geworden. Ob die Deutschen in Ost und West noch eine Nation bildeten, wurde seit den 70er Jahren zunehmend zweifelhaft, und seit sie wieder in einem Staat vereint sind, zeigt sich, daß sie das Zusammenleben erst wieder lernen müssen.

Bei der Bildung von Nationen spielen dreierlei Komponenten eine Rolle: ethnische Gemeinsamkeiten, gemeinsame kulturelle Traditionen und gemeinsame Erfahrungen. Ihr jeweiliger Anteil kann sehr unterschiedlich sein, objektiv und in der Wahrnehmung. Eine sprachliche Gemeinsamkeit gehört häufig zu den kulturellen Komponenten, sie ist aber weder unerlässlich noch in jedem Fall ausschlaggebend. Dagegen gehört zu jeder gemeinsamen Geschichte auch ein Wissen um diese Geschichte, ein historischer Mythos, der die gemeinsame Identität thematisiert. Im Anschluß an Maurice Halbwachs könnte man auch von einem „kollektiven Gedächtnis“ sprechen, das die politische Identität einer Gemeinschaft ermöglicht.⁹

In der Moderne wurde dieser Mythos regelmäßig mit einem gesellschaftlichen Projekt verbunden, d.h. mit Aussagen darüber, wie die

8 Vgl. im historischen Rückblick Hagen Schulze, Staat und Nation in der europäischen Geschichte, München 1994; zum Forschungsstand Dieter Langewiesche, Nation, Nationalismus, Nationalstaat. Forschungsstand und Forschungsperspektiven, in: Neue Politische Literatur 40 (1995), S. 190-236; sowie Heinz-Gerhard Haupt/Charlotte Tacke, Die Kultur des Nationalen. Sozial- und kulturgeschichtliche Ansätze bei der Erforschung des europäischen Nationalismus im 19. und 20. Jahrhundert, in: Wolfgang Hardtwig/Hans-Ulrich Wehler (Hrsg.), Kulturgeschichte heute, Göttingen 1996, S. 255-283.

9 Maurice Halbwachs, Das Gedächtnis und seine sozialen Bedingungen, Frankfurt/M. 1985; ders., Das kollektive Gedächtnis, Frankfurt/M. 1985; zur Rezeption der Schriften Halbwachs', die in den 20er und frühen 30er Jahren entstanden, besonders Jan Assmann/Tonio Hölscher (Hrsg.), Kultur und Gedächtnis, Frankfurt/M. 1988; Jan Assmann, Das kulturelle Gedächtnis. Schrift, Erinnerung und politische Identität in frühen Hochkulturen, München 1992.

Ordnung der Menschen gestaltet werden soll, die dieser Nation angehören.¹⁰ Sie blieben notwendigerweise vage, hatten aber stets die rechtliche Gleichheit und die politische Partizipation ihrer Angehörigen im Blick. Gleichzeitig zielten sie auf Vereinheitlichung des Lebensraums und Souveränität des nationalen Willens, mit anderen Worten auf territoriale Staatsbildung mit nationaler Prägung. Nationen wurden zu handelnden Subjekten, die sich der Instrumente des modernen Staates bedienten.

Im Zuge der Nationalstaatsbildung wurde der Begriff der Nation vielfach ideologisch-zivilisatorisch aufgeladen. Die Nation galt jetzt als Willensgemeinschaft derjenigen, die sich einem gemeinsamen gesellschaftlichen Projekt verpflichteten, und zugleich als Solidargemeinschaft, in der Rechte und Pflichten einander entsprachen. „Eine Nation“, formulierte das Ernest Renan in seinem berühmten Vortrag an der Sorbonne im März 1882, „ist eine große Solidargemeinschaft, die durch das Gefühl für die Opfer gebildet wird, die erbracht wurden und die man noch zu erbringen bereit ist. Sie setzt eine Vergangenheit voraus und läßt sich dennoch in der Gegenwart durch ein greifbares Faktum zusammenfassen: die Zufriedenheit und den klar ausgedrückten Willen, das gemeinsame Leben fortzusetzen. Die Existenz einer Nation ist (man verzeihe mir diese Metapher) ein tägliches Plebiszit, wie die Existenz des Individuums eine ständige Bekräftigung des Lebens ist.“¹¹ Diese Vorstellung deckte die Realität der Nation insofern nicht vollständig ab, als sie ihren Zwangs- und Traditionscharakter ausblendete. Sie wirkte gleichwohl mobilisierend und damit nationenbildend.

10 Vgl. u.a. Benedict Anderson, *Die Erfindung der Nation. Zur Karriere eines folgenreichen Konzepts*, Frankfurt/M.: 1998; Eric J. Hobsbawm, *Nationen und Nationalismus. Mythos und Realität seit 1780*, Frankfurt/M. 1992; Otto Dann, *Nation und Nationalismus in Deutschland 1770-1990*, München 1993; Helmut Berding (Hrsg.), *Nationales Bewußtsein und kollektive Identität. Studien zur Entwicklung des kollektiven Bewußtseins in der Neuzeit 2*, Frankfurt/M. 1994; Wolfgang Hardtwig, *Nationalismus und Bürgerkultur in Deutschland 1500-1914*, Göttingen 1994; Ulrich Bielefeld/Gisela Engel (Hrsg.), *Bilder der Nation. Kulturelle und politische Konstruktionen des Nationalen am Beginn der europäischen Moderne*, Hamburg 1998.

11 Ernest Renan, *Oeuvres complètes*, Bd. 1, Paris 1947, S. 887-906, hier S. 904.

Erfolgreich war der moderne Nationenbegriff vor allem aus zwei Gründen: Zum einen war er in der Lage, durchaus unterschiedliche Hoffnungen auf Emanzipation unter einem gemeinsamen Dach zu bündeln, das Geborgenheit verhiess. Die Nation versprach damit einen Halt in der Bewegung des Fortschritts oder, von der anderen Seite her gesehen, Dynamik ohne gleichzeitige Entwurzelung. Nationale Identität konnte die Auflösung partikularer Identitätsbindungen im Prozeß funktionaler Differenzierung moderner Gesellschaften kompensieren.¹² Zum anderen entsprach die Größe der entstehenden Nationalstaaten in bestimmten Phasen der industriellen Revolution in etwa dem Entwicklungsstand der Produktivkräfte. Sie ließen sich besser erschließen, wenn man für nationale Märkte produzierte statt nur für regionale und wenn kulturelle, infrastrukturelle und institutionelle Rahmenbedingungen auf einem entsprechend breiten Level organisiert wurden.

Der moderne Nationalismus nahm damit in doppelter und vielfach miteinander verschränkter Weise Modernisierungsfunktionen wahr. Mit ihm verband sich nicht nur die Durchsetzung des modernen Rechts- und Verfassungsstaats, sondern auch der Demokratie, des Sozial- und des Wohlfahrtsstaats. Diese Verbindung war zwar nicht zwingend: Modernisierung konnte auch ohne Nationalstaatsbildung erfolgen, und ein allzu integrierender Nationalismus konnte auch modernisierungshemmend wirken.¹³ Doch bezog der Nationalstaat aus den Modernisierungsleistungen vielfach Legitimität, nationale Identität wurde durch sie geprägt.

Mit der zunehmenden Internationalisierung im Zuge der weiteren Entwicklung der Produktivkräfte verloren die Nationalstaaten, zumal in Europa, dann aber an Leistungsfähigkeit und damit auch an Prägekraft. Nationalstaaten konnten die Sicherheit ihrer Bürger nicht mehr garantieren,

12 Vgl. etwa Michael Maurer, „Nationalcharakter“ in der frühen Neuzeit. Ein mentalitätsgeschichtlicher Versuch, in: Reinhard Blomert u.a. (Hrsg.), Transformationen des Wir-Gefühls. Studien zum nationalen Habitus, Frankfurt/M. 1993, S. 45-84.

13 Vgl. Günter Schödl, Die Dauer des Nationalen. Zur Entwicklungsgeschichte des „neuen“ Nationalismus im östlichen Europa, in: Heinrich August Winkler/Hartmut Kaelble (Hrsg.), Nationalismus – Nationalitäten – Supranationalität, Stuttgart 1993, S. 123-155.

sie wurden für rationale Produktionsweisen zu eng, sie verloren Macht und Prestige und bekamen Konkurrenz durch größere Erfahrungs- und Kommunikationsräume. Die nationale Identität wurde dadurch in doppelter Weise ausgehöhlt: Nation und Nationalstaat konnten weniger Loyalität einfordern, während die Menschen zugleich eine Umwelt erlebten, die immer weniger von nationalen Besonderheiten geprägt war.

Gleichzeitig erschien die Nation aber einmal mehr als Zufluchtsstätte in der allgemeinen Bewegung des Fortschritts, sowohl als mentales Orientierungsangebot als auch in ihren sozialstaatlichen Rückversicherungsfunktionen.¹⁴ Es ist leicht zu sehen, daß sie in diesen Funktionen weiterhin nachgefragt werden wird. Folglich ist sie mit der Internationalisierung keineswegs zum Absterben verurteilt und wird sie auch durch die Dynamisierung der Internationalisierungsprozesse, für die sich der etwas irreführende Begriff der „Globalisierung“ eingebürgert hat,¹⁵ nicht obsolet. Die Funktionen des Nationalstaats müssen lediglich in Abgleichung mit dem Wandel europäischer Staatlichkeit neu justiert werden. Dabei wird nationale Identität so aufgefüllt werden (müssen), daß sie mit dem Bewußtsein der Zugehörigkeit zur europäischen Gemeinschaft kompatibel ist.

Daneben wird bei den inhaltlichen Verschiebungen in den Funktionen des Nationalstaats und im Begriff der Nation auch die regionale Ebene eine stärkere Rolle spielen müssen. Die Funktion des Horts vor den

14 Besonders eindrucksvoll wurde diese Ambivalenz in den Zukunftsdiskussionen unter dem Eindruck des Zweiten Weltkriegs deutlich; vgl. Walter Lipgens (Hrsg.), Documents on the History of European Integration, Vol. I: Continental Plans for European Union, 1939-1945, Berlin/New York 1985; Vol. II: Plans for European Union in Great Britain and in Exile, 1939-1945, Berlin/New York 1986; Michel Dumoulin (Hrsg.), Plans des temps de guerre pour l'Europe d'après-guerre 1940-1947, Bruxelles 1995.

15 Irreführend insofern, als der überwiegende Anteil des wirtschaftlichen Austauschs innerhalb von regionalen Gruppierungen erfolgt und die drei Hauptwirtschaftsmächte Europa, Japan und Nordamerika durchaus über die Fähigkeit verfügen, Druck auf die Märkte auszuüben; vgl. etwa Paul Hirst/Graham Thomson, Globalization in Question. The International Economy and the Possibilities of Governance, Cambridge/Oxford 1996; sowie André Gauron, Le malentendu européen, Paris 1998.

Zumutungen des Globalisierungsprozesses teilt die Nation nämlich mit kleineren Einheiten teilen, für die sich der Begriff der Regionen eingebürgert hat. Insofern geht mit der Neubestimmung nationaler Identität ein Prozeß der Wiederbelebung oder erstmaligen Aktivierung regionaler Identitäten einher.¹⁶

Seine Anknüpfungspunkte sind freilich bei weitem nicht so gleichförmig, wie das bei der Herausbildung der modernen Nationalstaaten der Fall war.¹⁷ Regionen werden von traditionellen, herrschaftlichen und kulturellen Zentren (Städten und Landgemeinden) geprägt, sie können aus genossenschaftlichen Zusammenschlüssen hervorgegangen sein oder aus der Regionalisierung von Herrschaft, die politischer oder bloß administrativer Natur sein kann. Regionalisierung kann aufgrund ethnischer, sprachlicher und kultureller Unterschiede folgen oder unabhängig davon. Regionen können aufgrund wirtschaftlicher, funktionaler oder sozial-mentaler Zusammenhänge entstehen. Sie können nationale Grenzen überschreiten; dabei bildet oft, aber nicht notwendigerweise, das Faktum der Grenze den Auslöser für die Ausbildung einer grenzüberschreitenden regionalen Identität.

Entsprechend unterschiedlich sind Zuschnitt, Prägekraft und Leistungsfähigkeit der Regionen. Vielfach überschneiden sich Regionen auch, es gibt Regionen innerhalb der Regionen und entsprechend mehrschichtige regionale Identitäten. Von außen gesehen erscheint Wales als eine Region Großbritanniens. Für einen Waliser macht es aber einen großen Unterschied, ob er in English Wales, British Wales oder Walis Wales zu Hause ist. Der Versuch, Berlin und Brandenburg zu einem Bundesland zusammenzufassen, scheiterte an dem dreifachen Gegensatz zwischen Metropole und Umland, zwischen Ost und West und zwischen Eliten-Identität und Disparatheit der breiten Bevölkerung.

16 Vgl. Rolf Lindner (Hrsg.), *Die Wiederkehr des Regionalen. Über neue Formen kultureller Identität*, Frankfurt/M.-New York 1994; Mathew Horsman/Andrew Marshall, *After the Nation State. Citizens, Tribalism and the New World Disorder*, London 1994; David Morley / Kevin Robbins, *Spaces of Identity. Global Media, Electronic Landscapes and Cultural Boundaries*, London/New York 1995.

17 Vgl. Gerhard Brunn (Hrsg.), *Region und Regionsbildung in Europa. Konzeptionen der Forschung und empirische Befunde*, Baden-Baden 1996.

Der Übergang von regionaler Identität zu lokaler und Gruppen-Identität einerseits und nationaler Identität andererseits ist fließend. Begrifflich lassen sich Regionalisten von Nationalisten dadurch unterscheiden, daß sie die Legitimität und Effektivität des weiteren Staates anerkennen, während Nationalisten sie bestreiten. Bei Konflikten mit regional verankerten Minderheiten innerhalb der Nationalstaaten geht es präzise um diese Differenz.

Aufgrund ihrer Vielfalt sind Regionen nur in begrenztem Maße politikfähig. Neben ihrer Funktion bei der Identitätssicherung wächst auch ihre Bedeutung für die Selbsterneuerung der Gesellschaft. Folglich setzt Zukunftsfähigkeit tendenziell eine Stärkung des institutionellen Gewichts der Regionen voraus. Es ist jedoch nicht abzusehen, daß dies überall in gleicher Weise erfolgt – nicht nur aufgrund der unterschiedlichen historischen Tradition, die sich in ganz verschiedenartigen politischen und administrativen Strukturen niederschlagen, sondern auch aufgrund der im einzelnen weiterhin unterschiedlichen Funktionen von Regionen.

Das Schlagwort vom Europa der Regionen führt daher in die Irre.¹⁸ Eine europäische Gemeinschaft läßt sich nicht nach einem abstrakten föderalistischen Muster von gleichförmigen Regionen her aufbauen, schon gar nicht bei gleichzeitigem Abbau der nationalstaatlichen Ebene. Das Gewicht der Regionen bei der Entscheidungsfindung wie bei der Identitätsbildung nimmt zwar zu; auf der Gemeinschaftsebene können Regionen aber nur in dem Maße politisch aktiv werden, wie die innere Föderalisierung der Mitgliedsstaaten weiter vorankommt, wie mit anderen Worten regionale Bewegungen angemessene körperschaftliche Formen und Funktionen finden. Dabei ist zu beachten, daß die Gebote der Leistungs- und Handlungsfähigkeit der Föderalisierung Grenzen setzen, die in der Praxis schwer zu bestimmen sind. Auf europäischer Ebene wird als Region

18 Vgl. die empirischen Befunde bei Christian Engel/Wolfgang Wessels, Die Regionen in der EG – Rechtliche Vielfalt und integrationspolitische Rollensuche. Gutachten im Auftrag der Staats- und Senatskanzleien der Länder. Endbericht, Bonn 1911; Christian Engel, Regionen in der Europäischen Gemeinschaft: Eine integrationspolitische Rollensuche, in: Integration 14 (1991), S. 9-20; Peter Nitschke (Hrsg.), Die Europäische Union der Regionen. Subpolity und Politiken der Dritten Ebene, Opladen 1998.

nur vertreten sein, was die Nationalstaaten als nächsten regionalen Unterbau definieren und anbieten. Diese europäische Verankerung mag zur Stärkung der derart definierten politischen Regionen beitragen; gleichzeitig steht dieser Gestaltungsprozeß aber in einer anhaltenden Spannung zu anders ausgerichteten regionalen Bewegungen und anders akzentuierten regionalen Bewußtseinsständen.

Daraus kann gefolgert werden, daß regionale Identität die nationale in absehbarer Zukunft ebenso wenig ersetzen wird wie die europäische. Beide spielen aber jetzt schon eine stärkere Rolle als in der klassischen Epoche der Nationalstaaten, und es spricht viel dafür, daß ihre Bedeutung weiter zunehmen wird.

Eine weitere Folge der zunehmenden Funktionsdefizite der Nationalstaaten und des nationalstaatlichen Ordnungssystems in Europa war und ist der Prozeß der europäischen Einigung, die seit dem Zweiten Weltkrieg vom Westen Europas ausgehend betrieben wird. Die Entwicklung der modernen Kriegstechnik ließ das Problem der zwischenstaatlichen Anarchie immer unerträglicher und Friedenssicherung (nicht nur, aber auch) zwischen den europäischen Staaten immer dringlicher werden. Damit wurde es ebenfalls dringlicher, die deutsche Frage zu lösen, das heißt zwischen der Selbstentfaltung der stärksten Nation in der Mitte des europäischen Kontinents und der Freiheit und Sicherheit der übrigen Nationen Europas einen dauerhaften Ausgleich zu finden. Gleichzeitig wurden die nationalen Märkte in Europa für rationale Produktionsweisen zu eng; ihre wechselseitige Abschottung war nur temporär und sektoral sinnvoll; langfristig führte sie zu einem Verlust an Produktivität. Eng damit verbunden war schließlich der Bedeutungsverlust der europäischen Nationalstaaten gegenüber den aufsteigenden neuen Weltmächten; damit wurde Selbstbehauptung gegenüber den USA wie gegenüber der Sowjetunion zu einem gemeinsamen Ziel der Europäer, das sich auch nur in gemeinsamer Anstrengung erreichen ließ.

Zusammengenommen ließen diese vier Impulse eine europäische Einigungsbewegung entstehen, die gemeinsame europäische Institutionen

hervorrief.¹⁹ Sie sind durch den Wegfall der Blockgrenzen in Europa nicht obsolet geworden, sondern haben im Gegenteil eine höchst eindrucksvolle Bestätigung erfahren. Wirtschaftliche Produktivität und sozialer Konsens sind ohne die Grundlage des Gemeinsamen Marktes nicht mehr denkbar, die gemeinsamen Interessen an Friedenssicherung überwiegen potentielle nationale Rivalitäten bei weitem, Handlungsfähigkeit auf globaler Ebene hängt nach wie vor vom gemeinsamen Auftreten der Europäer ab, und zur Einbindung der deutschen Zentralmacht wird der europäische Rahmen seit der Aufhebung der Ost-West-Spaltung mehr denn je gebraucht.²⁰

Die Europäische Union stellt damit einen Versuch dar, die zivilisatorischen Errungenschaften des modernen Nationalstaats unter den Bedingungen der Internationalisierung zu erhalten und weiter zu entwickeln. Sie beruht auf der Wahrnehmung gemeinsamer und komplementärer Interessen der europäischen Nationen und einem Wissen um gemeinsame Werte und Traditionen, das es aussichtsreich erscheinen läßt, die gemeinsame Wahrnehmung dieser Interessen in Angriff zu nehmen. Als gesellschaftliches Projekt weist „Europa“ damit Züge auf, die den Nationalstaatsprojekten früherer Entwicklungsphasen entsprechen.

Gefördert wird dieses Projekt zweifellos durch die zunehmende Angleichung wirtschaftlicher, sozialer und gesellschaftlicher Strukturen, die zumindest im westlichen Europa im Zuge und infolge des anhaltenden

19 So meine Erklärung in: Wilfried Loth, Der Prozeß der europäischen Integration: Antriebskräfte, Entscheidungen und Perspektiven, in: Jahrbuch für Europäische Geschichte 1 (2000), S. 17-30. Vgl. auch Wilfried Loth, Der Weg nach Europa. Geschichte der europäischen Integration 1939-1957, Göttingen 31996; sowie für etwas andere Akzentuierungen Walter Lippens, Die Anfänge der europäischen Einigungspolitik 1945-1950. Erster Teil: 1945-1947, Stuttgart 1977; und Alan Milward, The European Rescue of the Nation-State, London 1992; als Forschungsüberblick Wilfried Loth, Beiträge der Geschichtswissenschaft zur Deutung der Europäischen Integration, in: Wilfried Loth/Wolfgang Wessels (Hrsg.), Theorien europäischer Integration, Opladen 2001, S. 87-106.

20 Im Gegensatz zu einer verbreiteten Auffassung spielt der Kalte Krieg in dieser historischen Analyse des Integrationsprozesses nur eine nachgeordnete Rolle. Aus der Furcht vor der Sowjetunion erwachsen gewiß zusätzliche Impulse zu europäischer Selbstbehauptung; gleichzeitig hielt die Furcht vor einer Vertiefung der Spaltung Europas und ihren Folgen aber auch viele Akteure davon ab, den westeuropäischen Integrationsprozeß zu beschleunigen.

Wirtschaftsbooms der 1950er und 1960er Jahre eingetreten ist.²¹ Ebenso tragen die vielfältigen Verflechtungen in Europa tendenziell zu seiner Durchsetzung bei: die Marktintegration, berufliche und private Mobilität, transnationale Begegnungen und Kontakte, transnational operierende Unternehmen und zunehmend transnational agierende akademische *communities*, schließlich die medial vermittelte Internationalisierung von Einstellungen, Moden und kulturellen Hervorbringungen. Allerdings erfassen diese Verflechtungsprozesse nicht alle Teile der europäischen Gesellschaften gleichermaßen und geht die *western civilization*, die sich damit ausbreitet, auch weit über Europa hinaus.²² Folglich führt von ihnen auch kein direkter Weg zur Entstehung einer genuin europäischen Öffentlichkeit als Medium der Selbstreferenz einer europäischen Gesellschaft.²³

Dem entspricht, daß die bisherige institutionelle Entwicklung der Europäischen Union vorwiegend auf technokratischem Wege erfolgte, ohne breite gesellschaftliche Diskussion und nachhaltige Identifizierung der Bürger der Europäischen Gemeinschaft mit ihren Institutionen.²⁴ Dies ist auf die vielfach unterschiedlichen Auffassungen zurückzuführen, wie eine Europäische Gemeinschaft gestaltet werden soll, verbunden mit

- 21 Vgl. Hartmut Kaelble, *Auf dem Weg zu einer europäischen Gesellschaft. Eine Sozialgeschichte Westeuropas 1880-1980*, München 1987; ders., *European Integration and Social History since 1950*, in: Paul Michael Lützel (Hrsg.), *Europe after Maastricht. American and European Perspectives*, Oxford 1994, S. 89-111; Robert Picht, *Les sociétés européennes entre diversité et convergence. Propositions pour l'approfondissement de l'approche comparative dans les études européennes*, in: Léonce Bekemans/Robert Picht (Hrsg.), *European Societies Between Diversity and Convergence*, Bruges 1993, S. 35-90; Axel Schildt, *Sozialkulturelle Aspekte der westeuropäischen Integration in den ersten beiden Nachkriegsjahrzehnten. Überlegungen zu einem geschichtswissenschaftlichen Forschungsfeld*, in: Kulturwissenschaftliches Institut, *Jahrbuch 1994*, S. 131-144.
- 22 Vgl. dazu die skeptische Einschätzung bei Richard Münch, *Projekt Europa. Zwischen Nationalstaat, regionaler Autonomie und Weltgesellschaft*, Frankfurt/M. 1993.
- 23 Vgl. Jürgen Gerhards, *Westeuropäische Integration und die Schwierigkeiten der Entstehung einer europäischen Öffentlichkeit*, in: *Zeitschrift für Soziologie* 22 (1993), S. 96-110.
- 24 Vgl. Marie-Thérèse Bitsch, Wilfried Loth, Raymond Poidevin (Hrsg.), *Institutions européennes et identités européennes*, Bruxelles 1998.

vielfacher Enttäuschung darüber, daß die Gemeinschaft nicht so zu realisieren war, wie man sie sich idealiter wünschte. Die Unfähigkeit, gesellschaftlich zu handeln, die daraus resultierte, führt zu technokratischen Lösungen. Das gilt für die Durchsetzung der Montanunion 1950/51 ebenso wie für die Römischen Verträge von 1957 und das Vertragswerk von Maastricht 1991/92.

Gerade die Diskussion um den Maastricht-Vertrag und die Einführung der europäischen Währung hat aber gezeigt, daß dieser technokratische Umweg nach Europa an sein Ende gelangt ist.²⁵ Die europäische Ebene hat eine Regelungsdichte erreicht, die der Bürger nicht mehr übersehen kann, weil sie ihn vielfach und täglich betrifft. Entsprechend verlangt er entweder die Rückbesinnung auf die nationalen Institutionen oder, soweit ihm der illusionäre Charakter eines solchen Rückzugs bewußt ist, die Ausdehnung der demokratischen Rechte auf die europäische Ebene. Damit steht neben der Erweiterung die Demokratisierung der Europäischen Union auf der Tagesordnung.

Angesichts unterschiedlicher Bedürfnisse und Bewußtseinsstände wird sie nicht einfach zu haben sein. Sie bedarf konzeptioneller Klärung und politischer Anstrengung.²⁶ Dennoch stehen die Chancen gut, daß im Zuge der anstehenden Auseinandersetzung die europäische Dimension von Identität stärker ins Bewußtsein rückt und die europäische Gesellschaft an Artikulationsfähigkeit gewinnt. Erstens lassen die Realitäten der Globalisierung dazu keine plausible Alternative mehr übrig, und zweitens hält die gemeinsame europäische Tradition durchaus genügend Anregungen für die Gestaltung eines europäischen Kollektivs bereit.²⁷

25 Vgl. Wilfried Loth, Vertiefung in der Erweiterung? Die Europäische Regierungskonferenz in historischer Perspektive, in: Kulturwissenschaftliches Institut, Jahrbuch 1995, S. 77-81.

26 Vgl. Wolfgang Schumann / Ragnar Müller, Integration als Problem internationaler Geschichte, in Wilfried Loth/Jürgen Osterhammel (Hrsg.), Internationale Geschichte. Themen – Ergebnisse – Aussichten, München 2000, S. 331-356.

27 Vgl. an neueren Systematisierungen Edgar Morin, Europa denken, Frankfurt/M. 1988; Jean-Marie Domenach, Europe: Le défi culturel, Paris 1990; Hagen Schulze, Die Wiederkehr Europas, Berlin 1990; Fernand Braudel, Zivilisation und Kultur. Die Herrlichkeit Europas, in: ders., Europa. Bausteine seiner Geschichte,

3. Nationale und europäische Identität in der EU

Wie es um das Verhältnis von nationaler und europäischer Identität gegenwärtig bestellt ist, läßt sich, wenn auch nur in sehr allgemeinen Zügen, aus den Antworten auf die Fragen zum Selbstverständnis der Europäer ablesen, die die Europäische Kommission in ihren Meinungsumfragen („EUROBAROMETER“) seit 1992 stellt. Nach der letzten Umfrage, die im Oktober und November 2001 in allen Mitgliedsländern der EU durchgeführt wurde,²⁸ sehen sich 44 % der Bürger der EU „in der nahen Zukunft“ nur als Angehörige ihrer eigenen Nation. 53 % sehen sich hingegen in mehr oder weniger deutlicher Ausprägung auch oder gar ausschließlich als Europäer. Von dieser eindeutigen, wenn auch nicht überwältigenden Mehrheit verstehen sich 44 % in erster Linie als Angehörige ihrer Nation und darüber hinaus auch als Europäer. 6 % sehen sich in erster Linie als Europäer und im übrigen auch als Angehörige einer Nation. 3 % verstehen sich ausschließlich als Europäer, die keinen Bezug zu einer bestimmten Nation aufweisen.

Hinter diesen aggregierten Zahlen verbergen sich freilich unterschiedliche Bewußtseinsstände in den verschiedenen Mitgliedsländern der Union. „Schlußlicht“, was die Orientierung an der Europäischen Union betrifft, bildet seit Beginn der Umfragen kontinuierlich und mit großem Abstand Großbritannien. Hier verstehen sich nach der Umfrage vom Herbst 2001 71 % der Befragten ausschließlich als Briten. Nur 22 % räumen zusätzlich eine europäische Identität ein, für 4 % steht die europäische Identität an erster Stelle, und immerhin 2 % verstehen sich auch in Großbritannien ausschließlich als Europäer. „Antieuropäische“ Mehrheiten gibt es auch in

Frankfurt/M. 1991, S.149-173; Brian Nelson/David Roberts/Walter Veit (Hrsg.), *The Idea of Europe. Problems of National and Transnational Identity*, Deddington/New York 1991; Joseph Rovon/Gilbert Krebs (Hrsg.), *Identités européennes et conscience européenne*, Paris 1992; Remi Brague, *Europa. Eine exzentrische Identität*, Frankfurt/M./New York 1993. Zur Entwicklung des Europa-Diskurses vgl. die Beiträge in: René Girault (Hrsg.), *Identité et conscience européennes au XXe siècle*, Paris 1994, sowie Hartmut Kaelble, *Europäer über Europa. Die Entstehung des europäischen Selbstverständnisses im 19. und 20. Jahrhundert*, Frankfurt/M. 2001.

28 Veröffentlicht in: Eurobarometer, Report Nr. 56, April 2002, S. 14.

Finnland (59 %), Griechenland (58 %), Irland (55 %) sowie ganz knapp in Portugal (51 %) und Schweden (50 %).

Dagegen sind es bei den sechs Gründungsmitgliedern der Europäischen Gemeinschaft nur noch Minderheiten, die von einer europäischen Identität nichts wissen wollen. Am weitesten ist die Europäisierung des Bewußtseins in Luxemburg fortgeschritten, offensichtlich weil in dem kleinen Land der mit Abstand höchste Anteil von Bürgern aus anderen EU-Ländern lebt. Nur noch 22 % der Befragten in Luxemburg verstehen sich ausschließlich als Angehörige ihrer eigenen Nation. 45 % reklamieren zusätzlich eine europäische Identität. Für 14 % steht die europäische Identität an erster Stelle, und für 16 % gilt sie sogar ausschließlich. Eine zweite Gruppe unter den Gründungsmitgliedern bilden Italien und Frankreich. Hier beträgt der Prozentsatz der ausschließlich national Orientierten etwa ein Drittel (31 bzw. 33 %). Eine Mehrheit von 57 bzw. 50 % sieht zusätzlich eine europäische Identität, kleine Minderheiten verstehen sich als europäische Avantgarde (3 bzw. 5 %, die sich ausschließlich als Europäer sehen, 6 bzw. 9 %, die sich in erster Linie als Europäer sehen). Deutschland, die Niederlande und Belgien stellen eine dritte Gruppe unter den Gründungsmitgliedern dar, mit einer ungefähren Balance zwischen „Nur-Nationalen“ und „Nationalen mit europäischer Erweiterung“ (im Falle Deutschlands: 40 zu 43 %) und „pro-europäischen“ Minderheiten, deren Gewicht mit der zweiten Gruppe vergleichbar ist (im Falle Deutschlands: 9 % „Vorwiegend-Europäer“ und 4 % „Nur-Europäer“).

Von den später hinzugetretenen Mitgliedsländern haben Spanien und Dänemark bis zur Spitze der dritten Gruppe aufgeschlossen. Der Prozentsatz der „Nur-Nationalen“ liegt hier bei 38 bzw. 41 %, der Prozentsatz der „Nationalen mit europäischer Erweiterung“ bei 52 bzw. 54 %. In Österreich ist der Prozentsatz der „Nur-Nationalen“ von 51 % im März-April 1997²⁹ auf 46 % im Oktober-November 2001 zurückgegangen, während der Prozentsatz der „Nationalen mit europäischer Erweiterung“ im gleichen Zeitraum von 38 % auf 43 % gestiegen ist. Österreich hat damit noch eben das Niveau der dritten Gruppe der Gründungsmitglieder erreicht.

29 Eurobarometer, Report Nr. 47, Frühjahr 1997, S. 56.

Nach der Zahl der Länder und dem Anteil an der Gesamtbevölkerung ist dieser Typus von Identitätszuschreibungen am weitesten verbreitet; er spiegelt sich darum auch im Durchschnittsergebnis wider.

Insgesamt ist die „pro-europäische“ Mehrheit also eindeutig und ungefährdet. Ihr Schwerpunkt liegt freilich bei einer vorsichtig-pragmatischen Haltung, die nationale Bezugspunkte nicht leichtfertig über Bord werfen möchte. Gleichzeitig zwingen die ganz überwiegend „nationale“ Mehrheit in Großbritannien, die über die Jahre sogar noch nahezu kontinuierlich zugenommen hat (von 49 % im Dezember 1994 über 67 % im Oktober-November 1999 auf 71 % im Oktober-November 2001), und die erkennbare „Euroskepsis“ von Finnland bis Schweden zu Rücksichtsnahmen und schwierigen Kompromissen. Die Kompromißformel der „Föderation von Nationalstaaten“, die Jacques Delors in die Debatte geworfen hat, ist darum zu Recht von Vielen aufgegriffen worden: Sie scheint geeignet, die Zielbild-Diskussionen in eine Richtung zu lenken, die dem vielschichtigen Bewußtseinsstand der gegenwärtigen Union entspricht.

Differenziert man die Umfrageergebnisse noch weiter, so wird deutlich, daß die Europa-Orientierung der Bürger mit ihrem Bildungsgrad, ihrem Alter und dem Maß ihrer gesellschaftlichen Verantwortung korreliert. So liegt die Europa-Orientierung bei Bürgern, die ihre Ausbildung erst mit 20 Jahren oder zu einem späteren Zeitpunkt abgeschlossen haben, mit 69 % weit über dem Durchschnitt von 53 %. Das Gleiche gilt für Studierende (ebenfalls 69 %) und für Manager (68 %). Umgekehrt verstehen sich Bürger, die aus dem Berufsleben ausgeschieden sind, mit deutlichem, wenn auch nicht ganz so großem Abstand zum Durchschnitt (54 % gegenüber 44 %) ausschließlich als Angehörige ihrer Nation. Ebenso verhält es sich mit Bürgern, die den Haushalt versorgen und deswegen nicht berufstätig sind: Hier geben 53 % an, sich ausschließlich als Angehörige ihrer Nation zu sehen.

Diese Zahlen bestätigen, daß „Europa“ immer noch eher ein Eliten-Projekt darstellt, das nicht von starken Bewegungen in der Bevölkerung vorangetrieben wird. Gleichzeitig wird aber auch deutlich, daß die „pro-

europäische“ Fraktion *à la longue* mit weiterem Zuwachs rechnen kann. Mit der weiteren Verdichtung der Beziehungen innerhalb der Union, der Stärkung europäischer Institutionen, der absehbaren Zunahme von Mobilität über nationalstaatliche Grenzen hinweg und der steigenden Bedeutung beruflicher Qualifikation wird die europäische Dimension von personaler und kollektiver Identität in Zukunft noch stärker ins Bewußtsein treten.

Allerdings darf man sich diese Entwicklung nicht linear vorstellen; sie folgt den wirtschaftlichen und institutionellen Veränderungen weder automatisch noch jeweils proportional. Die „europäische“ Orientierung war nach dem Ausweis der Umfragen schon einmal deutlich höher, als sie sich gegenwärtig abbildet. Im Dezember 1994 gaben im Durchschnitt der damaligen Union (noch ohne Österreich, Finnland und Schweden) nur 33 % der Befragten an, sich ausschließlich als Angehörige ihrer Nation zu sehen. 46 % sahen darüber hinaus eine europäische Identität, für 10 % stand diese im Vordergrund, und 7 % verstanden sich ausschließlich als Europäer³⁰ (gegenüber 44 % bzw. 44 %, 6 % und 3 % im Oktober-November 2001). Der Rückgang der Europa-Orientierung des Durchschnitts ist keineswegs nur auf das Hinzutreten der „Newcomer“ (Österreich, Finnland und Schweden) zurückzuführen; der Abwärtstrend war vielmehr bei der nächsten Befragung im März-April 1997 nahezu allgemein. Bei der Befragung im November-Dezember 2000 war vielfach ein Aufwärtstrend zu verzeichnen (im Durchschnitt 38 % „Nur-Nationale“, 49 % „Nationale mit europäischer Erweiterung“, 7 % „Vorwiegend Europäer“ und 4 % „Nur-Europäer“),³¹ dem im Oktober-November 2001 wieder ein gewisser Abwärtstrend folgte. Neben Ländern, in denen die Europa-Orientierung im Laufe der 90er Jahre schwächer geworden ist (Belgien, Niederlande, Irland und Portugal), stehen solche, in denen sie sich stärker manifestieren konnte (Dänemark, Österreich und Schweden), und auch ein Beispiel für heftiges Schwanken: In Spanien lag der Prozentsatz der „Nur-Nationalen“ im Dezember 1994 bei 34 %, im März-April 1997 bei 44 %, im Oktober-November 1999 bei 31 %, im November-

30 Eurobarometer, Report Nr. 42, Frühjahr 1995, S. 66.

31 Eurobarometer, Report Nr. 54, April 2001, S. 13.

Dezember 2000 nur noch bei 20 % und im Oktober-November 2001 wieder bei 38 %.

Einzelnen gesamteuropäischen Ereignissen wie den Wahlen zum Europa-Parlament nach der Kompetenzerweiterung durch den Vertrag von Amsterdam sind diese Entwicklungen also kaum zuzuordnen. Nationale Ereignisse sind nur in Einzelfällen zu erkennen: So spielte beim Anwachsen der griechischen „Euroskeptiker“ von März-April 1997 (54 %) bis zum Oktober-November 1999 (60 %) wohl die Verärgerung über die EU-Politik im Kosovo-Krieg eine Rolle, während der Rückgang der „Euroskeptiker“ in Deutschland zwischen Oktober-November 1999 (48 %) ³² und November-Dezember 2000 (38 %) in einem Zusammenhang mit der außerordentlichen Resonanz der Europa-Rede von Außenminister Joschka Fischer in der Humboldt-Universität im Mai 2000 gesehen werden kann. Offensichtlich machen sich in den Auf- und Abs die *gegenteiligen* Impulse bemerkbar, die die Globalisierung hervorbringt: europäische Orientierung *und* nationale Selbstvergewisserung.

4. Schlußfolgerungen

Daraus folgt, daß die tatsächliche Entwicklung des europäischen Bewußtseins in hohem Maße von der politischen Führung abhängig ist – im nationalen Rahmen ebenso wie in der Kooperation europäischer Spitzenpolitiker nach dem Muster von Helmut Schmidt/Valéry Giscard d'Estaing und Helmut Kohl/François Mitterrand. Welche Erfahrungen zu identitätsbildenden Momenten verarbeitet werden, hängt in erheblichem Umfang vom politischen Meinungsklima ab, und hier können die Spitzenpolitiker tatsächlich Einfluß nehmen. Die Wirkung der Fischer-Rede bietet hierfür ein schönes Beispiel. Ob ihm andere folgen werden, bleibt freilich abzuwarten.

Die europäische Gemeinschaft wird seit der Mitte der 80er Jahre mehr und mehr als eine Wertegemeinschaft verstanden, die dem Pluralismus und den demokratischen Freiheiten verpflichtet ist, der Rechtsstaatlichkeit, den

32 Eurobarometer, Report Nr. 42, April 2000, S. 10.

Menschenrechten und dem Schutz von Minderheiten. Insofern hat sich in den Diskussionen der letzten Jahrzehnte ein gemeinsames Verfassungserbe der Europäer herausgebildet, das zu einem Verfassungspatriotismus auf europäischer Ebene führt.³³ „Freiheit als Überwindung von Willkür; individuelle Selbstbestimmung im Rahmen und mit den Möglichkeiten kollektiver sozialer Bewegungen; unbeschränktes, schrankenloses Denken als Grundmodell des intersubjektiven Diskurses; gewaltlose Konfliktlösung durch Institutionenbildung; Öffentlichkeit als ubiquitäres Kommunikationsprinzip“ – so oder ähnlich formuliert³⁴ können sich Strukturprinzipien einer europäischen Gesellschaft jedenfalls weitgehender Zustimmung erfreuen. Es dürfte auch breiter Konsens darüber herrschen, daß sie vor irgendwelchen besonderen nationalen Werten oder Errungenschaften rangieren.

Dieser europäische Patriotismus, der eher das Bekenntnis zu einem Wertesystem ausdrückt als auf gefühlsmäßiger Zugehörigkeit beruht, ist mit dem nationalen Patriotismus kompatibel. Er trägt sogar dazu bei, den nationalen Patriotismus, der von unterschiedlichen historischen Erfahrungen, den unterschiedlichen Sprachen und Kulturen geprägt ist, in Zeiten dynamischen Wandels zu stabilisieren. In dieser Hinsicht kann man durchaus von europäischer Identität im Singular sprechen. Es handelt sich freilich nicht um eine „identitäre“ Konzeption von Identität, sondern um

33 Siehe Vlad Constaninesco, *Le rôle du Conseil européen dans la formation d'une identité européenne*, in: Bitsch/Loth/Poidevin, *Institutions européennes*, S. 435-447; Jörg Gerkrath, *La Cour de Justice des Communautés européennes, la constitutionnalisation du traité de Rome et son impact sur l'émergence d'une identité européenne*, ebda. S. 451-474; ders., *L'émergence d'un droit constitutionnel dans l'Europe. Modes de formation et sources d'inspiration des Communautés et de l'Union européenne*, Bruxelles 1997; Hartmut Kaelble, *Demokratie und europäische Integration seit 1950*, in: Manfred Hildermeier/Jürgen Kocka/Christoph Konrad (Hrsg.), *Europäische Zivilgesellschaft in Ost und West. Begriff, Geschichte, Chancen*, Frankfurt/M. 2000, S. 245-271.

34 hier nach Helga Grebing, *Nationale und zivilisatorische Identität in Europa*, in: *Gewerkschaftliche Monatshefte* 46 (1995), S. 110-120, das Zitat S. 113.

eine universalistische, die die nationalen Identitäten und die Leistungen der Nationen respektiert.³⁵

Das „Projekt Europa“ führt, jedenfalls in absehbarer Zeit, nicht zu einem Absterben der Nationalstaaten. Vielmehr bildet es die Voraussetzung für ihr Überleben, das allerdings nur ein Überleben in veränderter Form und eingeschränkter Funktion sein kann. Europäische Identität wird darum auch die nationalen Identitäten in absehbarer Zeit nicht einfach ersetzen. Statt dessen zeichnet sich ab, daß die Menschen in Europa, wie jetzt schon eine Mehrheit in der Mehrheit der Mitgliedsländer, mit einer mehrschichtigen Identität leben, einer Identität, die regionale, nationale und europäische Momente in sich vereint.³⁶

Ob und wie lange noch die nationale Identität stärkere Bindungswirkungen behaupten kann als die europäische, muß dabei grundsätzlich offen bleiben. Es gibt keinen plausiblen Beleg für die Behauptung, *allein* der Nationalstaat sei imstande, Tiefenbindungen der gesellschaftlichen Kräfte zu schaffen.³⁷ Wie die Priorität der europäischen Werte und die zunehmende Transnationalität der Lebensstile zeigen, weisen die empirischen Befunde schon jetzt in eine andere Richtung. Es gehört weder besonderer Mut noch übertriebener Optimismus zu der Voraussage, daß die Gemeinsamkeiten der Europäer mit der Ausweitung der Gemeinschaftsaufgaben und der Demokratisierung europäischer Politik stärker hervortreten werden.

35 Vgl. Wilfried Loth, *Intérêt national, supranationalité et identité européenne: conflits et complémentarités*, in: Robert Frank (Hrsg.), *Les identités européennes au XXe siècle*, Paris 2002 (i. Vorb.).

36 So auch die Befunde in: Robert Picht (Hrsg.), *L'identité européenne. Analyses et propositions pour le renforcement d'une Europe pluraliste*, Bruges 1994. Tendenziell ähnlich: M. Rainer Lepsius, *Bildet sich eine kulturelle Identität in der europäischen Union?*, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 42 (1997), S. 948-955. Zu den staatsrechtlichen Konsequenzen einer solchen mehrschichtigen Identität vgl. Joseph H. H. Weiler, *The State „über alles“*, in: *Festschrift für Ulrich Everding*, Bd. 2, Baden-Baden 1995, S. 1651ff.

37 So mit vielen anderen Ralf Dahrendorf, *Die Zukunft des Nationalstaates*, in: *Merkur* 48 (1994), S. 751-761.

Zusammenfassung

Mit dem Prozeß der europäischen Integration verändert sich die Identität der Europäer. Der Artikel diskutiert die Beziehungen zwischen nationaler, regionaler und europäischer Identität und ihre Entwicklung im Zuge des Integrationsprozesses. Nationale Identität wird in Verbindung mit einem gesellschaftlichen Projekt gesehen, das heißt mit Aussagen darüber, wie die Ordnung der Menschen gestaltet werden soll, die dieser Nation angehören. Regionale Identität gewinnt angesichts der Herausforderung durch die Globalisierung an Gewicht. Sie knüpft aber an sehr unterschiedliche Faktoren an und ist nicht überall gleich stark. Regionen sind daher nur in begrenztem Maße politikfähig. Europäische Identität bildet sich auf dem Hintergrund europäischer Traditionen und angesichts der gemeinsamen Erfahrung von Funktionsdefiziten der Nationalstaaten. Sie tritt nicht an die Stelle regionaler und nationaler Identität, sondern ergänzt sie. Ebenso werden die Nationalstaaten durch das europäische Projekt nicht abgeschafft; sie erhalten nur eine andere Funktion. Es zeichnet sich ab, daß die Menschen in Europa mit einer mehrschichtigen Identität leben, die nationale, regionale und europäische Momente in sich vereint. Dabei dürfte sich das europäische Moment in Zukunft noch stärker akzentuieren.

ZEI DISCUSSION PAPER: Bisher erschienen / Already published:

- C 1 (1998) Frank Ronge (Hrsg.)
Die baltischen Staaten auf dem Weg in die Europäische Union
- C 2 (1998) Gabor Erdödy
Die Problematik der europäischen Orientierung Ungarns
- C 3 (1998) Stephan Kux
Zwischen Isolation und autonomer Anpassung: Die Schweiz im integrationspolitischen Abseits?
- C 4 (1998) Guido Lenzi
The WEU between NATO and EU
- C 5 (1998) Andreas Beierwaltes
Sprachenvielfalt in der EU – Grenze einer Demokratisierung Europas?
- C 6 (1998) Jerzy Buzek
Poland's Future in a United Europe
- C 7 (1998) Doug Henderson
The British Presidency of the EU and British European Policy
- C 8 (1998) Simon Upton
Europe and Globalisation on the Threshold of the 21st Century.
A New Zealand Perspective
- C 9 (1998) Thanos Veremis
Greece, the Balkans and the European Union
- C 10 (1998) Zoran Djindjic
Serbiens Zukunft in Europa
- C 11 (1998) Marcus Höreth
The Trilemma of Legitimacy. Multilevel Governance in the EU and the Problem of Democracy
- C 12 (1998) Saadollah Ghaussy
Japan and the European Union
- C 13 (1998) Walter Schweidler
Bioethische Konflikte und ihre politische Regelung in Europa
- C 14 (1998) Wolfgang Ischinger
Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik nach Amsterdam
- C 15 (1998) Kant K. Bhargava
EU – SAARC: Comparisons and Prospects of Cooperation
- C 16 (1998) Anthony J. Nicholls
Die deutsch-britischen Beziehungen: Ein hoffnungsloser Fall?
- C 17 (1998) Nikolaj Petersen
The Danish Referendum on the Treaty of Amsterdam
- C 18 (1998) Aschot L. Manutscharjan
Der Konflikt um Berg-Karabach: Grundproblematik und Lösungsperspektiven
- C 19 (1998) Stefan Fröhlich
Der Ausbau der europäischen Verteidigungsidentität zwischen WEU und NATO
- C 20 (1998) Tönis Lukas
Estland auf dem Weg aus der totalitären Vergangenheit zurück nach Europa
- C 21 (1998) Wim F. van Eekelen
Perspektiven der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU
- C 22 (1998) Ludger Kühnhardt
Europa in den Kräftefeldern des 21. Jahrhunderts.
- C 23 (1998) Marco Bifulco
In Search of an Identity for Europe
- C 24 (1998) Zbigniew Czachór
Ist Polen reif für die Europäische Union?
- C 25 (1998) Avi Primor
Der Friedensprozeß im Nahen Osten und die Rolle der Europäischen Union
- C 26 (1998) Igor Leshoukov
Beyond Satisfaction: Russia's Perspectives on European Integration
- C 27 (1998) Dirk Rohtus
Die belgische „Nationalitätenfrage“ als Herausforderung für Europa

- C 28 (1998) Jürgen Rüttgers
Europa – Erbe und Auftrag
- C 29 (1999) Murat T. Laumulin
Die EU als Modell für die zentralasiatische Integration?
- C 30 (1999) Valdas Adamkus
Europe as Unfinished Business: The Role of Lithuania
in the 21st Century's Continent
- C 31 (1999) Ivo Samson
Der widerspruchsvolle Weg der Slowakei in die EU.
- C 32 (1999) Rudolf Hrbek / Jean-Paul Picaper / Arto Mansala
Deutschland und Europa. Positionen, Perzeptionen, Perspektiven
- C 33 (1999) Dietrich von Kyaw
Prioritäten der deutschen EU-Präsidentschaft unter Berücksichtigung des
Europäischen Rates in Wien
- C 34 (1999) Hagen Schulze
Die Identität Europas und die Wiederkehr der Antike
- C 35 (1999) Günter Verheugen
Germany and the EU Council Presidency
- C 36 (1999) Friedbert Pflüger
Europas globale Verantwortung – Die Selbstbehauptung der alten Welt
- C 37 (1999) José María Gil-Robles
Der Vertrag von Amsterdam: Herausforderung für die Europäische Union
- C 38 (1999) Peter Wittschorek
Präsidentenwahlen in Kasachstan 1999
- C 39 (1999) Anatolij Ponomarenko
Die europäische Orientierung der Ukraine
- C 40 (1999) Eduard Kukan
The Slovak Republic on its Way into the European Union
- C 41 (1999) Ludger Kühnhardt
Europa auf der Suche nach einer neuen geistigen Gestalt
- C 42 (1999) Simon Green
Ausländer, Einbürgerung und Integration: Zukunftsperspektive der
europäischen Unionsbürgerschaft?
- C 43 (1999) Ljerka Mintas Hodak
Activities of the Government of the Republic of Croatia in the Process of
European Integration
- C 44 (1999) Wolfgang Schäuble
Unsere Verantwortung für Europa
- C 45 (1999) Eric Richard Staal
European Monetary Union: The German Political-Economic Trilemma
- C 46 (1999) Marek J. Siemek
Demokratie und Philosophie
- C 47 (1999) Ioannis Kasoulides
Cyprus and its Accession to the European Union
- C 48 (1999) Wolfgang Clement
Perspektiven nordrhein-westfälischer Europapolitik
- C 49 (1999) Volker Steinkamp
Die Europa-Debatte deutscher und französischer Intellektueller nach dem
Ersten Weltkrieg
- C 50 (1999) Daniel Tarschys
50 Jahre Europarat
- C 51 (1999) Marcin Zaborowski
Poland, Germany and EU Enlargement
- C 52 (1999) Romain Kirt
Kleinstaat und Nationalstaat im Zeitalter der Globalisierung
- C 53 (1999) Ludger Kühnhardt
Die Zukunft des europäischen Einigungsgedankens

- C 54 (1999) Lothar Rühl
Conditions and options for an autonomous „Common European Policy on Security and Defence“ in and by the European Union in the post-Amsterdam perspective opened at Cologne in June 1999
- C 55 (1999) Marcus Wenig (Hrsg.)
Möglichkeiten einer engeren Zusammenarbeit in Europa am Beispiel Deutschland - Slowakei
- C 56 (1999) Rafael Biermann
The Stability Pact for South Eastern Europe - potential, problems and perspectives
- C 57 (1999) Eva Slivková
Slovakia's Response on the Regular Report from the European Commission on Progress towards Accession
- C 58 (1999) Marcus Wenig (Ed.)
A Pledge for an Early Opening of EU-Accession Negotiations
- C 59 (1999) Ivo Sanader
Croatia's Course of Action to Achieve EU Membership
- C 60 (2000) Ludger Kühnhardt
Europas Identität und die Kraft des Christentums
- C 61 (2000) Kai Hafez
The West and Islam in the Mass Media
- C 62 (2000) Sylvie Goulard
Französische Europapolitik und öffentliche Debatte in Frankreich
- C 63 (2000) Elizabeth Meehan
Citizenship and the European Union
- C 64 (2000) Günter Joetze
The European Security Landscape after Kosovo
- C 65 (2000) Lutz Rathenow
Vom DDR-Bürger zum EU-Bürger
- C 66 (2000) Panos Kazakos
Stabilisierung ohne Reform
- C 67 (2000) Marten van Heuven
Where will NATO be ten years from now ?
- C 68 (2000) Carlo Masala
Die Euro-Mediterrane Partnerschaft
- C 69 (2000) Weltachsen 2000/World Axes 2000. A documentation
- C 70 (2000) Gert Maichel
Mittel-/Osteuropa: Warum engagieren sich deutsche Unternehmen?
- C 71 (2000) Marcus Wenig (Hrsg.)
Die Bürgergesellschaft als ein Motor der europäischen Integration
- C 72 (2000) Ludger Kühnhardt/Henri Ménudier/Janusz Reiter
Das Weimarer Dreieck
- C 73 (2000) Ramiro Xavier Vera-Fluixa
Regionalbildungsansätze in Lateinamerika und ihr Vergleich mit der Europäischen Union
- C 74 (2000) Xuewu Gu (Hrsg.)
Europa und Asien: Chancen für einen interkulturellen Dialog?
- C 75 (2000) Stephen C. Calleya
Is the Barcelona Process working?
- C 76 (2000) Ákos Kengyel
The EU's Regional Policy and its extension to the new members
- C 77 (2000) Gudmundur H. Frimannsson
Civic Education in Europe: Some General Principles
- C 78 (2000) Marcus Höreth
Stille Revolution im Namen des Rechts?
- C 79 (2000) Franz-Joseph Meiers
Europäische Sicherheits- und Verteidigungsidentität (ESVI) oder Gemeinsame Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GESVP)?

- C 80 (2000) Gennady Fedorov
Kaliningrad Alternatives Today
- C 81 (2001) Ann Mettler
From Junior Partner to Global Player: The New Transatlantic Agenda and Joint Action Plan
- C 82 (2001) Emil Minchev
Southeastern Europe at the beginning of the 21st century
- C 83 (2001) Lothar Rühl
Structures, possibilities and limits of European crisis reaction forces for conflict prevention and resolution
- C 84 (2001) Viviane Reding
Die Rolle der EG bei der Entwicklung Europas von der Industriegesellschaft zur Wissens- und Informationsgesellschaft
- C 85 (2001) Ludger Kühnhardt
Towards Europe 2007. Identity, Institution–Building and the Constitution of Europe
- C 86 (2001) Janusz Bugajski
Facing the Future: The Balkans to the Year 2010
- C 87 (2001) Frank Ronge / Susannah Simon (eds.)
Multiculturalism and Ethnic Minorities in Europe
- C 88 (2001) Ralf Elm
Notwendigkeit, Aufgaben und Ansätze einer interkulturellen Philosophie
- C 89 (2001) Tapio Raunio / Matti Wiberg
The Big Leap to the West: The Impact of EU on the Finnish Political System
- C 90 (2001) Valérie Guérin-Sendelbach (Hrsg.)
Interkulturelle Kommunikation in der deutsch-französischen Wirtschaftskooperation
- C 91 (2001) Jörg Monar
EU Justice and Home Affairs and the Eastward Enlargement: The Challenge of Diversity and EU Instruments and Strategies
- C 92 (2001) Michael Gehler
Finis Neutralität? Historische und politische Aspekte im europäischen Vergleich: Irland, Finnland, Schweden, Schweiz und Österreich
- C 93 (2001) Georg Michels
Europa im Kopf – Von Bildern, Klischees und Konflikten
- C 94 (2001) Marcus Höreth
The European Commission's White Paper Governance: A 'Tool-Kit' for closing the legitimacy gap of EU policymaking?
- C 95 (2001) Jürgen Rüländ
ASEAN and the European Union: A Bumpy Interregional Relationship
- C 96 (2001) Bo Bjurulf
How did Sweden Manage the European Union?
- C 97 (2001) Biomedizin und Menschenwürde.
Stellungnahmen von Ulrich Eibach, Santiago Ewig, Sabina Laetitia Kowalewski, Volker Herzog, Gerhard Höver, Thomas Sören Hoffmann und Ludger Kühnhardt
- C 98 (2002) Lutz Käppel
Das Modernitätspotential der alten Sprachen und ihre Bedeutung für die Identität Europas
- C 99 (2002) Vaira Vike-Freiberga
Republik Lettland und das Land Nordrhein-Westfalen – Partner in einem vereinten Europa
- C 100 (2002) Janusz Musial
Periodische Arbeitsmigration aus Polen (Raum Oppeln) nach Deutschland. Ein Testfall für die Erwerbswanderungen nach der Osterweiterung?
- C 101 (2002) Felix Maier (Hrsg.)
Managing asymmetric interdependencies within the Euro-Mediterranean Partnership.
- C 102 (2002) Hendrik Vos
The Belgian Presidency and the post-Nice process after Laeken
- C 103 (2002) Helmut Kohl
Der EURO und die Zukunft Europas

- C 104 (2002) Ludger Kühnhardt
The Lakes of Europe
- C 105 (2002) Katharina von Schnurbein
Der tschechische EU-Beitritt: Politischer Prozeß wider die öffentliche Meinung
- C 106 (2002) Andrew Dennison
Shades of Multilateralism. U.S. Perspectives on Europe's Role in the War on Terrorism
- C 107 (2002) Boris Hajoš et.al.
The Future of the European Integration Process: Ideas and Concepts of Candidate Countries
- C 108 (2002) Hans von der Groeben
Europäische Integration aus historischer Erfahrung. Ein Zeitzeugengespräch mit Michael Gehler
- C 109 (2002) Emil Mintchev /Klaus Bünger
A Sustained Economic Revival in Kosovo. Need for a Liberal Concept
- C 110 (2002) Michael Lochmann
Die Türkei im Spannungsfeld zwischen Schwarzmeer-Kooperation und Europäischer Union
- C 111 (2002) Indra de Soysa / Peter Zervakis (eds.)
Does Culture Matter? The Relevance of Culture in Politics and Governance in the Euro-Mediterranean Zone
- C 112 (2002) José Manuel Martínez Sierra
The Spanish Presidency. Buying more than it can choose?
- C 113 (2002) Winfried Loth
Europäische Identität in historischer Perspektive
- C 114 (2002) Hansjörg Eiff
Serbien – zwei Jahre nach Milosevics Sturz
- C 115 (2002) Peter Doyle
Ireland and the Nice Treaty
- C 116 (2002) Stefan Fröhlich
Das Projekt der Gemeinsamen Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GESVP): Entwicklungen und Perspektiven

Das **Zentrum für Europäische Integrationsforschung (ZEI)** wurde 1995 als selbständig arbeitende, interdisziplinäre Forschungseinrichtung an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn gegründet. In Forschung, Lehre und Politikberatung sowie im Dialog zwischen Wissenschaft und Praxis beteiligt sich das ZEI an der Lösung bisher unbewältigter Probleme der europäischen Einigung und der Gestaltung der Rolle Europas in der Welt. Weitere Informationen finden Sie auf unserer Homepage im Internet: <http://www.zei.de>.

ZEI – DISCUSSION PAPERS richten sich mit ihren von Wissenschaftlern und politischen Akteuren verfaßten Beiträgen an Wissenschaft, Politik und Publizistik. Jeder Beitrag unterliegt einem internen Auswahlverfahren und einer externen Begutachtung. Gleichwohl gibt er die persönliche Meinung der Autoren wieder. Die Beiträge fassen häufig Ergebnisse aus laufenden Forschungsprojekten zusammen. Die aktuelle Liste finden Sie auf unserer Homepage: <http://www.ZEI.de>.

The **Center for European Integration Studies (ZEI)** was established in 1995 as an independent, interdisciplinary research institute at the University of Bonn. With research, teaching and political consultancy ZEI takes part in an intensive dialogue between scholarship and society in contributing to the resolution of problems of European integration and the development of Europe's global role. For further information, see: <http://www.zei.de>.

ZEI – DISCUSSION PAPERS are intended to stimulate discussion among researchers, practitioners and policy makers on current and emerging issues of European integration and Europe's global role. Each paper has been exposed to an internal discussion within the Center for European Integration Studies (ZEI) and an external peer review. The papers mostly reflect work in progress. For a current list, see the center's homepage: <http://www.ZEI.de>.